

„Die mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragten Personen sind berechtigt, ... nach vorheriger Benachrichtigung, eingefriedete Grundstücke und Gebäude und Wohnungen zu betreten, um Denkmäler festzustellen, zu besichtigen oder zu untersuchen, soweit es zur Erfüllung der sich aus diesem Gesetz ergebenden Aufgaben erforderlich ist.“

Vizepräsident Daniel Düngel: Ihre Redezeit, Frau Kollegin.

Ingola Schmitz^{*)} (FDP): Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluss.

Diese neue Regelung schraubt die Anforderungen an das Betretungsrecht also weitestgehend herunter. Die Denkmalbehörden haben somit mehr Kompetenzen beim Betreten einer Wohnung als die Polizei in laufenden Ermittlungen; dort ist der Richtervorbehalt eindeutig in der Strafprozessordnung vorgesehen.

Selbstverständlich stimmen wir der Überweisung an die Ausschüsse zu. Was die Regelung des Schatzregals und insbesondere der Betretungsbefugnisse angeht, müssen wir jedoch dringend ein eingehendes Beratungsverfahren durchführen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Kollegin Schmitz. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Lamla.

Lukas Lamla (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es wurde schon fast alles gesagt. Herr Breuer hat so schön erklärt, was eigentlich ein Bodendenkmal ist und was es mit dem Piratenschatz im Schatzregal auf sich hat. Auch Frau Schmitz hat das alles sehr umfangreich beleuchtet. Das möchte ich nicht noch mal sagen.

Aber Herr Breuer hat auch die 40 Millionen € erwähnt, die aufgrund des Wegfalls der Landeszuschüsse jährlich im Zuge der Landschaftsverbandsumlage zusätzlich auf die Kommunen zukommen würden. Eine solche Mehrbelastung der Kommunen kann eigentlich niemand wollen. Eine gesetzliche Regelung, wer die Kosten einer Maßnahme des Bodendenkmalschutzes zu tragen hat, ist hier also sinnvoll, notwendig und angebracht.

Meine Damen und Herren, Denkmalschutz ist nun einmal Kulturgutschutz. Machen wir also etwas daraus. Wir Piraten werden uns dafür einsetzen, dass der Denkmalschutz weiterhin vom Land gefördert wird und die Kosten nicht in unzumutbarer Weise auf private Haushalte abgewälzt werden.

Natürlich stimmen wir der Überweisung des Gesetzentwurfs in die Ausschüsse zu und unterhalten uns dort weiter über die juristischen Feinheiten. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lamla. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger in Vertretung von Herrn Minister Groschek.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich die Initiative der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Mit dem Gesetzentwurf reagieren die Fraktionen auf die Urteile des Oberverwaltungsgerichts Münster aus dem Jahre 2011. Das betrifft die Berücksichtigung nichteingetragener Bodendenkmäler, die Neuregelung zur Kostentragung, die Einführung eines Schatzregales – was heute schon mehrfach Thema war – sowie die Neufassung der Betretungsrechte.

Die rechtlichen Änderungen setzen aber nicht bloß die Rechtsprechung des OVG um, sie lösen auch die größten Probleme unserer Denkmalbehörden, der Kommunen, der Denkmalfachämter, aber auch von Bauherren und auf dem Gebiet der Bodendenkmalpflege. Die Landesregierung unterstützt daher diese Gesetzesinitiative auf das Schärfste. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herzlichen Dank, Herr Minister Jäger. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind am Schluss der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wir stimmen ab über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates. Der **Gesetzentwurf Drucksache 16/2279** soll an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen** werden. Möchte jemand der Überweisungsempfehlung nicht Folge leisten – oder sich enthalten? – Das ist nicht der Fall, wunderbar. Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend überwiesen.

Wir kommen zu unserem heutigen letzten Tagesordnungspunkt:

14 Nordrhein-Westfalens Wirtschaft braucht Freiräume statt neuer Abgaben und mehr Bürokratie

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1277

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk
Drucksache 16/2269

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2449

Ich weise Sie darauf hin, dass der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/1277 gemäß § 79 Abs. 2 b unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk mit der Maßgabe überwiesen wurde, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk liegen als Drucksache 16/2269 vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Eiskirch das Wort.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden heute über einen Antrag, den die CDU vor einiger Zeit hier in den Landtag von Nordrhein-Westfalen eingebracht hat und den sie heute mit einem annähernd wortgleichen Entschließungsantrag krönt. Der Entschließungsantrag ist nur eine Aktualisierung des ursprünglichen Antrags. Insofern gilt eigentlich das, was wir damals schon miteinander darüber hätten austauschen können und sollen.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat mit 26,3 % bei den letzten Landtagswahlen – im Mai 2012 – das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. Ihr neuer Parteivorsitzender und ihr Generalsekretär lassen seitdem bei keiner Analyse des Wahlergebnisses die Gelegenheit aus, zu verkünden: Inhaltlich muss sich die CDU wieder als Partei der Wirtschaftskompetenz profilieren. – Das ist die Analyse CDU-intern.

Also schrieb der ehemalige CDU-Generalsekretär und heutige wirtschaftspolitische Sprecher Hendrik Wüst einen Antrag zur Wirtschaftspolitik.

Ich möchte es so zusammenfassen: Statt die CDU mit Wirtschaftskompetenz zu profilieren, dokumentiert dieser Antrag das gesamte Ausmaß des Verlustes an wirtschaftspolitischer Kompetenz, meine Damen und Herren. Dies ist die schriftliche Fixierung der wirtschaftspolitischen Konzeptionslosigkeit der CDU in Nordrhein-Westfalen.

Mit keinem einzigen Wort geht der Antrag auf die Herausforderungen ein, mit denen sich die Unternehmen in unserem Land tagtäglich herumschlagen: nicht auf die Chancen und Risiken, die sich die durch immer stärkere Internationalisierung der Wirt-

schaft ergeben, nicht auf die Turbulenzen um den Euro. Wir finden nichts zu den Herausforderungen, wie Unternehmen zukünftig Fachkräfte für sich gewinnen können, wie sie an der Spitze von Innovation und Fortschritt bleiben können, kein Wort dazu, wie Unternehmen in diesem Land gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und eigene Beiträge dazu leisten, die gesellschaftliche Akzeptanz von Industrie- und Infrastrukturprojekten, über die Sie ja auch immer sprechen – ich denke nur an Datteln – zu verbessern.

Dieser Antrag ist wirklich enttäuschend, weil er an den realen Problemen der Wirtschaft in unserem Land vorbeigeht, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Mit keinem, aber auch wirklich keinem Wort geht der Antrag darauf ein, welche Verantwortung die öffentliche Hand beispielsweise hat: kein Wort dazu, wie der Staat durch kluge Wirtschaftspolitik Instabilität entgegenwirken und Impulse für Wachstum und Beschäftigung setzen kann; nichts zur Bedeutung der öffentlichen und industriellen Infrastruktur für Wirtschaftskraft und Beschäftigung; nichts zur Sozialpartnerschaft, zur Teilhabe der Gesellschaft in der Wirtschaft.

Es ist kaum zu glauben, dass dies ein wirtschaftspolitischer Antrag einer Partei ist, die einmal Professor Dr. Müller-Armack hervorgebracht hat, für den die Marktwirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit in einem komplementären Verhältnis stand, Kolleginnen und Kollegen. Nichts davon ist in diesem Antrag erkennbar.

Auch die Gedanken von Ludwig Erhard, dem es um Wohlstand für alle durch soziale Marktwirtschaft ging, kann man in diesem Antrag nicht finden.

Es ist ja auch gar kein Antrag zur Wirtschaftspolitik. Dies ist vielmehr der Antrag eines wirtschaftspolitischen Sprechers, der in seiner immer noch neuen Funktion offensichtlich wieder die gleichen Schützengräben ausbuddeln will, in denen er schon als Generalsekretär gesessen hat. Krawall statt Konzept, Meckern als Methode, keine Inhaltlichkeit und keine Konzepte! Dieser Antrag, meine Damen und Herren, ist und war – das hat ja auch die Beschlussempfehlung des Ausschusses gezeigt – ein Rohrkrepierer. Und wir alle wissen, Rohrkrepierer sind besonders gefährlich für all diejenigen, die selber im Schützengraben sitzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Eiskirch. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Wüst.

Hendrik Wüst (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Eiskirch, wenn Sie Ludwig Erhard zitieren, dann wird sich der lebhaft im Grabe umdrehen. Sie sollten lieber bei Heinz Erhardt bleiben. Der scheint eher Ihre Kragenweite zu sein.

(Beifall von der CDU und der FDP – Dietmar Bell [SPD]: Der hat aber mehr Witz als Sie!)

Die „Welt am Sonntag“ titelte diese Woche: „Mittelstand beginnt zu murren“. In dem Artikel heißt es, dass laut einer Studie von Ernst & Young die Unzufriedenheit des Mittelstandes mit der rot-grünen Landesregierung wächst.

(Beifall von der CDU und der FDP)

„Bild“ titelte kürzlich: „Duin der schrumpfende Ostfrieze.“ Dort heißt es – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Er spricht gerne und viel. Rhetorische Begabung erklärt Garrelt Duin selbst zu seiner Kernkompetenz. Das Problem: Der Ostfrieze hat fast nichts zu sagen.

In der „Rheinischen Post“ durften wir lesen, wie ein IHK-Präsident aus dem NRW-Süden Duins Politik beschreibt:

Er hat klare und industriefreundliche Positionen, aber er setzt sie nicht durch.

Und laut Arbeitgeberpräsident Maier-Hunke wird unser Bundesland einzigartig regiert, nämlich einzigartig schlecht.

Herr Minister, dass Sie die Kritik der Opposition an Ihrer Politik nicht ernst nehmen, sei geschenkt. Aber die zunehmende Kritik aus der Wirtschaft sollten Sie ernst nehmen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Britta Alenkamp [SPD])

Von einem Wirtschaftsminister wird zu Recht mehr erwartet als blumige Rhetorik. Von einem Wirtschaftsminister wird mindestens erwartet, dass er wirtschaftsfeindliche Gesetze verhindert.

(Zuruf von der SPD: Der gleiche Vortrag wie vor zwei Jahren!)

Diese Chance haben Sie unter anderem bei der Verabschiedung des Nichtraucherschutzgesetzes, bei der Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes, bei der Vorlage der Verordnung zum Tariftreue- und Vergabegesetz und bei der gestern erfolgten Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltes vertan.

Lassen Sie mich das an zwei, drei Beispielen deutlich machen:

Beispiel 1: Rechtsverordnung zum Tariftreue- und Vergabegesetz. In der Anhörung hat es Kritik gehandelt. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus der schriftlichen Stellungnahme des Bauindustrieverbandes. Da wird gesagt:

Bedauerlicherweise wurden unsere Befürchtungen in profunder Form bestätigt.

Stellungnahme unternehmer nrw:

„Dem erklärten Ziel der Landesregierung, durch eine Rechtsverordnung den bürokratischen Aufwand des TVgG-NRW auf ein Minimum zu reduzieren und Rechtsunsicherheit zu beseitigen, wird der vorliegende Entwurf nicht gerecht.“

Stellungnahme Verband Freier Berufe:

„Im Ergebnis halten wir den Verordnungsentwurf für nicht zielführend.“

Und so weiter, und so weiter.

Herr Minister, unser Land braucht keine 64 Seiten Ausführungsverordnung zu einem unsinnigen Gesetz. Unser Land braucht keine zwei Handbücher, um dieses unsinnige Gesetz den Anwendern zu erklären. Unser Land braucht einen Wirtschaftsminister, der sich dafür einsetzt, dass so unsinnige Gesetze der Wirtschaft und den Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen erspart bleiben. Unser Land braucht einen Wirtschaftsminister und keinen Rhetorikminister.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie wollen nicht zum blinden Erfüllungsgehilfen der Arbeitgeberverbände werden. Okay, aber der Anwalt für Arbeitsplätze sollten Sie schon sein.

Herr Minister Duin, lassen Sie nicht die Grünen alleine die Weichenstellungen im Stellwerk vornehmen. Dann geht der Zug in die falsche Richtung.

Wenn wir heute in unsere Post schauen, dann sehen wir Mitteilungen des iwD-Dienstes und werden hingewiesen auf die Programmatik der Grünen zur allgemeinen Wirtschaftspolitik, zur Arbeitsmarktpolitik und zur Sozialpolitik.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Wüst, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Eiskirch zu?

Hendrik Wüst (CDU): Liebend gerne.

Vizepräsident Daniel Düngel: Dann machen wir das so. – Herr Kollege Eiskirch.

Thomas Eiskirch (SPD): Geschätzter Herr Kollege Wüst, wenn wir heute nicht nur in die Post, sondern auch in die elektronische Post schauen, dann sehen wir, dass unternehmer nrw einen Newsletter verschickt hat. Unter der Überschrift „NRW-Wirtschaft begrüßt Clearingverfahren Mittelstand“ wird ausgeführt:

„Die drei Spitzenorganisationen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft haben die geplante

frühzeitigere Einbeziehung von Kammern und Verbänden in mittelstandsrelevante Gesetzgebungs- und Ordnungsverfahren begrüßt.“

Der Text geht dann noch weiter.

Ist das das, was Sie damit meinen, wenn Sie sagen, dass wir als Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen den Mittelstand und die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen nicht im Blick haben?

Hendrik Wüst (CDU): Lieber Kollege Eiskirch, vielen herzlichen Dank für die Frage, die mir Gelegenheit gibt, kundzutun, dass ich den Newsletter auch gesehen habe. Unten im Punkt darunter war der ganze Sprechzettel von Herrn Maier-Hunke, aus dem ich eben zitiert habe, in dem er die Landesregierung kritisiert hat. Also immer auch Absatz 2 lesen. Das macht schlau.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, gestern hat der Landtag auf Vorschlag der Landesregierung die Erhöhung des Wasserentnahmeentgelts um 10 % beschlossen. Ihre Argumentation ist: Darüber werden Kosten für die Wasserrahmenrichtlinie finanziert. – Gebrauchte wurden im Jahr 2012 40 Millionen €, eingenommen damals schon 100 Millionen €. In Wahrheit ging es darum, noch einmal den Menschen und der Wirtschaft in die Tasche zu greifen.

Wir haben in der Anhörung zum Wasserentnahmeentgelt gehört, dass in früheren Krisen in einer Peripherie Europas die Flachglasstraßen abgeschaltet worden sind. In der letzten Krise wurden die Flachglasstraßen in Nordrhein-Westfalen abgeschaltet. Und obwohl das so ist, obwohl an andere Stellen die Solarglasproduktion hin verlagert worden ist, Arbeitsplätze abwandern, belasten Sie diese Arbeitsplätze noch einmal. Das ist genau der Punkt, wo wir erwarten, dass die Landesregierung solche Dinge nicht macht und dass der Wirtschaftsminister all denen, die Begehrlichkeiten haben, kraftvoll entgegentritt und dann entsprechend handelt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Frau Dr. Beisheim das Wort.

Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wüst, wie Herr Kollege Eiskirch bereits ausgeführt hat, werden in dem vorliegenden Antrag – wir haben das schon im Ausschuss dargestellt – Initiativen miteinander vermischt, die nichts miteinander zu tun haben. Zwar betreffen die Regelungen der von Ihnen in diesem Antrag genannten Gesetze auch den Mittelstand,

aber nur insofern, als dass sie die Entwicklung in Wirtschaftsbereichen regeln, in denen sich auch kleine und mittelständische Unternehmen bewegen.

Die rot-grüne Landesregierung macht eine wirtschaftsfreundliche Politik; das hat nicht nur die Anhörung zum Mittelstandsgesetz deutlich gezeigt. Hätten Sie aufmerksam zugehört, hätten Sie einige sehr interessante Ausführungen und Stellungnahmen zu diesen Themen mitbekommen. Insbesondere die Stellungnahme der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Uni Düsseldorf hätte Ihnen zu denken geben müssen. Ich zitiere:

„In der Regel handelt es sich hierbei um Gesetze, die erlassen wurden oder werden, weil negative externe Wirkungen einer wirtschaftlichen Betätigung auf Dritte vermieden oder vermindert werden sollen.“

Eine mittelstandsfreundliche Politik bedeutet demzufolge also nicht, die Hände in den Schoß zu legen. Deswegen hat die rot-grüne Landesregierung eine neue Kultur der Zusammenarbeit und des Dialogs mit der Wirtschaft eingeführt. Dieser Weg wird umso klarer wahrgenommen werden, je lauter und verzweifelter sie ihre alte Tonlage pflegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Entscheidend ist, dass die öffentliche Hand bereit ist, ihre Vorbildfunktion wahrzunehmen. Den wohlklingenden Worten so gut wie aller politischen Kräfte nach fairen Löhnen, nachhaltiger Produktion und Gesundheitsschutz müssen auch Taten folgen. Sonst sind sie nichts anderes als leere Worte.

Wir alle reden über Nachhaltigkeit. Jeder kennt mittlerweile die drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit. Aber viele Umsetzungsbestrebungen basieren zurzeit auf Freiwilligkeit. Doch gerade für das Thema „Mindestlohn“ ist es wichtig, dass die öffentliche Hand mit dem Tarif-treue- und Vergabegesetz vorangegangen ist. Subventionen, die soziale Nachhaltigkeit bestrafen, müssen bekämpft werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal den Blick auf das Jahr 2009 zurückwerfen. Was ist damals passiert? Auf einmal rieben sich sogenannte Wirtschaftsexperten, auf die Sie heutzutage wiederum so großen Wert legen, die Augen. Konjunkturpakete und Kurzarbeitergeld waren das Gegenteil von dem, was zuvor als Mittel der Wirtschaftsförderung propagiert worden ist. Aus heutiger Sicht ist es richtig, dass die Politik diesen Weg gegangen ist. Es ist falsch, wie die FDP zu glauben, dass Politik eine reine Agentur für Dienstleistungen aller Art ist,

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

zum Beispiel durch die Bereitstellung von Infrastruktur den sogenannten freien Märkten ohne Regelung dienlich zu sein, und am Ende teure Pflaster zu ver-

teilen, wenn es gewünscht wird, weil der eine oder andere Industriezweig schwächelt.

Die soziale Marktwirtschaft beruht auf Ausgleich und Konsens. Sie ist und bleibt unser wirtschaftliches Basismodell. Die Politik der Landesregierung steht für einen Ausgleich der Interessen von Unternehmen einerseits und der Arbeitnehmerschaft andererseits.

Dieser Ausgleich stellt sich aber nur dann ein, wenn die Politik dafür steht, Ausgleich zu schaffen, wo er alleine nicht möglich ist. Sie haben offensichtlich eine ziemlich lückenhafte Vorstellung von dem Begriff der sozialen Marktwirtschaft. Letztlich bin ich auch für diesen Antrag dankbar; denn er ist ein Beleg dafür, dass Sie nicht wissen, wie Sie damit umgehen sollen, dass Ihnen Ihr Leib- und Magenthema „Wirtschaftspolitik“ abhandengekommen ist. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Kollege Bombis das Wort.

Ralph Bombis (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Nordrhein-Westfalen müsste sich als größtes Bundesland an der Spitze der wirtschaftlichen Dynamik bewegen. Es müsste doch unser Anspruch sein, besonders wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Aber die Wirklichkeit sieht leider anders aus.

Nordrhein-Westfalen bleibt in seiner wirtschaftlichen Entwicklung immer stärker hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Im Bundesländerranking 2012 des IW Consult, das Aufschluss über das Wohlstandsniveau und über die Wirtschaftskraft der Bundesländer gibt, liegt Nordrhein-Westfalen nur noch auf Platz 8. Beim Bruttoinlandsprodukt, der Exportquote und auch der Produktivität fallen wir gegenüber den anderen Ländern immer weiter zurück. Dabei sind die Menschen und die Unternehmen in unserem Land mindestens genauso leistungsfähig wie anderswo. Wir sind mindestens genauso gut. Aber die Menschen und die Unternehmen in unserem Land dürfen auch nicht schlechter gestellt werden als die in anderen Bundesländern.

Gestern ist bereits zur Sprache gekommen, nur dann werden wir die Lücke zu den anderen Ländern schließen können und mit dem zusätzlichen Wirtschaftswachstum bis 2017 erhebliche Einnahmeverbesserungen im Haushalt erreichen. Werter Kollege Römer, werde Damen und Herren von der SPD, das ist dann der Entfesselungsimpuls, den Sie bereits gestern nicht verstanden haben.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Oh, ja!)

Dieser Impuls, der unter den klaren Rahmenbedingungen der sozialen Marktwirtschaft erfolgt, kann dann die Innovationskräfte auch wieder in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft freisetzen, wie wir das in anderen Bundesländern zum Teil erleben.

(Beifall von der FDP)

Herr Kollege Römer, auch wenn Sie nicht zuhören mögen: Das wird auch die angestrebten positiven Auswirkungen auf den Haushalt unseres Landes haben. – Dafür brauchen wir die wachstumsfreundlichen Rahmenbedingungen. Unsere Landesregierung zeigt hier den genauen Gegenentwurf: Vorschriften, Bürokratie und Bevormundung für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. – Daran beißt die Maus nun einmal keinen Faden ab. Sie regulieren immer weiter.

Ich nenne ein paar Beispiele. Ein Malermeister, der die Fassade einer städtischen Volkshochschule streichen will, muss zukünftig für die ethisch und ökologisch einwandfreie Herkunft seiner Farben haften und Verpflichtungen zur Frauenförderung unterschreiben. Das kann er faktisch gar nicht garantieren. Also muss er entweder Unrichtiges unterschreiben oder sich nicht mehr an Ausschreibungen beteiligen.

(Beifall von der FDP)

Ich nenne ein anderes Beispiel. So manchem Wirt aus der Eckkneipe nebenan, der bereits jetzt aufgrund intensiver Investitionsmaßnahmen einen ausreichenden Nichtraucherschutz in seiner Kneipe gewährleistet, wird zukünftig der Boden unter den Füßen weggezogen. Alles war vergebene Liebesmüh. Vor allem war es vergebene Wirtschaftskraft.

(Beifall von der FDP – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Genau so ist das!)

Die angestrebte Vermögensteuer wird den Schreiner, der im selben Haus wohnt, in dem sein Betrieb geführt wird, als Substanzbesteuerung treffen. Es ist ein Damoklesschwert, das vor allen Dingen das Handwerk in Nordrhein-Westfalen bedroht.

Das im ganzen Land bewährte Ladenöffnungsgesetz von Schwarz-Gelb soll wieder durch rot-grüne Regulierung bürokratisiert werden. Die kleinen Händler in den Stadtteilen können an den verkaufsoffenen Sonntagen gleich geschlossen bleiben, weil die Kunden an diesen Tagen lieber in den Zentren shoppen.

Herr Wirtschaftsminister, das wird auch nicht durch die von Ihnen angekündigte Regelung behoben, statt an zwölf Sonntagen und einem Adventssonntag zukünftig an elf Sonntagen und zwei Adventssonntagen die Öffnung zu ermöglichen. Für viele Händler ist das ein klassischer Fall von Verschlimmbesserung.

Es bleibt dabei: Eine Bevormundung wird nicht verbessert durch eine andere Bevormundung.

(Beifall von der FDP)

Es gibt neue, höhere Steuern, gesetzgeberische Maßnahmen zur Schaffung einer staatlichen Besserungsanstalt, bürokratische Hürden und eine Schwächung des Wirtschaftsstandortes insgesamt.

Die Folge der wirtschaftsfeindlichen Gesetze von Rot-Grün ist schädlich. Die Wirtschaft und ganz besonders die mittelständischen Unternehmen werden nicht nur nicht entfesselt, sie werden immer weiter gefesselt.

(Beifall von der FDP)

Daran ändert auch ein Feigenblatt wie das Mittelstandsgesetz nichts, das mit dieser Clearingstelle – das haben wir in der Diskussion auch betont – durchaus einen interessanten Impuls enthält, das aber, da sie es nach den entscheidenden Gesetzen eingebracht haben, bei all diesen Punkten nicht zur Anwendung kommt, die ich eben genannt habe. Es muss sich in diesem Land etwas ändern. Die Menschen und die Betriebe in NRW haben mehr Bewegungsfreiheit verdient. Das muss sich ändern. Deswegen werden wir dem vorliegenden Antrag zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Bombis, vielen Dank. – Für die Piratenfraktion spricht der Kollege Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! „Wenn du glaubst, etwas als Wahrheit erkannt zu haben, so halte es dem anderen hin wie einen Mantel, in den er hineinschlüpfen kann, schlage es ihm aber nicht wie ein nasses Handtuch um die Ohren.“ Das ist ein Zitat von Max Frisch.

Verehrte CDU-Fraktion, an den Gesetzen, die Sie in Ihrem Antrag nennen, gibt es gewiss viel zu kritisieren. Sie wissen, dass auch die Piratenfraktion beispielsweise am Nichtraucherschutzgesetz und am Mittelstandsförderungsgesetz einiges auszusetzen hatte, wenn bisweilen auch aus anderen Gründen als Sie. Auch an den Gesetzen, die die Piraten grundsätzlich mittragen, gibt es gewiss berechtigte Kritikpunkte. Warum aber verpacken Sie Ihre Feststellungen in einen Antrag, der vor Schmähkritik, Polemik und Angstmache nur so trieft? Warum malen Sie ein Schreckgespenst von Deindustrialisierung an die Wand, das wirklich keinen mehr hinter dem Ofen hervorlockt? Warum fordern Sie pauschal den Rückzug von Gesetzen ohne eigene Änderungsvorschläge für die damit adressierten Probleme vorzulegen?

(Beifall von den PIRATEN)

Diese Schwarz-weiß-Malerei repräsentiert einen Politikstil, den die Piraten ablehnen. Diesen Antrag können wir in dieser Form nicht unterstützen.

(Beifall von den PIRATEN)

Wie wäre es, wenn Sie stattdessen konstruktive Kritik äußern würden, wenn Sie die von Ihnen als problematisch erkannten Punkte benennen und nicht in Polemik verpacken würden, wenn Sie eigene Änderungsvorschläge zu den kritisierten Gesetzen einreichen würden? Das wären Anträge, mit denen man sich auseinandersetzen könnte und die womöglich die Unterstützung der Piratenfraktion finden würden. Lassen Sie uns gemeinsam Verbesserungsvorschläge unterbreiten, anstatt stets den Holzhammer herauszuholen.

Ich lade Sie herzlich ein, mit uns Piraten in die Sacharbeit einzusteigen. Dann lassen Sie uns testen, wie ernst es die Regierung mit der von ihr mehrfach beschworenen ausgestreckten Hand und mit der von ihr ausgerufenen Koalition der Einladung meint. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann Herrn Schwerd nur recht geben mit Blick auf seine Eingangsbemerkung, dass das alte Hüte sind, wie Sie eben sinngemäß gesagt haben, die in diesem Antrag noch einmal hervorgeholt werden. Vor allen Dingen setzt sich dieser Antrag überhaupt nicht mit den zentralen Wirklichkeiten dieses Landes und den wirtschaftspolitischen Realitäten auseinander.

Es ist von Rahmenbedingungen die Rede gewesen. Sehen Sie sich doch einmal an, in welchen Bundesländern insbesondere neue Unternehmen, ausländische Unternehmen investieren. Da ist Nordrhein-Westfalen ganz vorn. Wenn Sie sich die Erweiterungsinvestitionen bestehender Betriebe anschauen, sehen Sie überall im Land dieses Wachstum, ob im Rheinland, in Südwestfalen, der drittstärksten Industrieregion der gesamten Bundesrepublik, oder in Ostwestfalen,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

an ganz vielen Orten erleben wir, wie insbesondere familiengeführte mittelständische Unternehmen auf einem klaren Wachstumskurs sind, weil sie in Nordrhein-Westfalen nicht nur ihre Heimat haben, sondern weil sie eben gute und verlässliche Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung vorfinden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)